

7.

In den Tageszeitungen wird berichtet, dass das **Umweltbundesamt (Uba)** erneut berichtet, dass in 2022 die gesetzlichen Vorgaben zur CO₂ Einsparung verfehlt wurden. Und zwar stiegen die Emissionen auf 148 Millionen Tonnen an, statt weiter zu sinken. Schuld daran war auch das wieder gestiegene PKW-Verkehrsaufkommen in Deutschland, selbst die gestiegene Zahl von Elektroautos reicht nicht aus, die gestiegenen Emissionen auszugleichen.

Die Reederei TUI-Cruises hat in das Kreuzfahrtschiff „Mein Schiff 1“ schiffsseitig Anlagen für die Aufnahme von Landstrom installieren lassen. Auch in die weiteren fünf Schiffe werden die technischen Anlagen eingebaut. Die Häfen Hamburg, Kiel und Rostock bieten bereits Landstrom an, in Bremerhaven ist das nicht möglich, zumindest nicht vor dem Jahr 2025. Beim Neubau der Columbuskaje hat man jedenfalls eine Landstromversorgung nicht vorgesehen.

Die NZ berichtet über eine von der BIW in Auftrag gegebene „Sonntagsfrage“, demnach würde diese Partei in Bremerhaven 16% der Stimmen erhalten. Die CDU und SPD sollen mit jeweils 30% landesweit gleichauf liegen, allerdings wurden in Bremerhaven nur 72 Bürger befragt.

STK Mitte Veranstaltung in der VHS Aula mit OB Grantz und zuständigen Projektleitern
Mittwoch, 3.5.2023 um 18.30 bis 20.45 Uhr <https://www.instagram.com/p/Crv2OG3KnTf/?hl=de>
Titel Innenstadt Neu denken - Bürgerdialog

Anwesend in der Spalte etwa 70 Besucher

Für die STK Mitte moderiert Herr Ekrowski zusammen mit Frau Bitti (Innenstadtkoordinatorin) diesen Dialog mit dem OB Grantz, Herrn Dr. Meyer vom Referat für Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus und den zuständigen Projektleitern.

Angeknüpft ist diese Veranstaltung an die Ergebnisse des Urbanista Prozesses, die vor einiger Zeit bereits in Machbarkeitsstudien für 10 Maßnahmen im Rahmen des ZIZ Programms geführt haben. Die Stadt stellt aus eigenen Mitteln und Fördertöpfen € 2,3 Millionen für diese Projekte zur Verfügung. Herr Grantz fasst die verschiedenen Gesichtspunkte der einzelnen Themenbereiche zusammen und verweist immer wieder darauf, dass die Stadt die Bürgerbeteiligung sehr begrüßt und auf ein Miteinander in den Bemühungen hofft. Die ganze Bevölkerung ist angesprochen, an einer Verbesserung der jetzigen Situation mitzuwirken.

Am Urbanista Projekt haben 850 Bürger teilgenommen und es wurden 20 Projekte beschlossen. Man will sich bemühen, diese Vorhaben in den nächsten 10 Jahren abzuarbeiten, dazu gehören auch Projekte wie ein Stadtboulevard oder der Rückbau der Columbusstraße, sowie die Anbindung der Fußgängerzone an die Havenwelten.

Der Karstadt-Gebäude-Riegel muss entfernt werden. Für die weitere Verwertung arbeitet die Stadt mit der Bremer Immobilienfirma Spies zusammen. Man geht von einer Entwicklungsdauer von 2-3 Jahren aus. Falls sich keine überzeugenden Konzepte seitens interessierter Investoren anbieten, wird die Stadt die Durchführung dieses Projektes selbst in die Hand nehmen. Es müsste dann zu einer politischen Entscheidung zu einer Fortführung kommen. Herr Grantz könnte sich Ideen vorstellen, wie Rathaus, Objekte der Gesundheitswirtschaft, Stadtbibliothek, Wohnhäuser, Einzelhandel. Der Abriss soll gegen Ende 2023/ Anfang 2024 beginnen. Es wird betont, man wolle nichts durchsetzen und setze vielmehr auf einen breiten, öffentlichen Dialog mit den Bürgern.

Anschließend stellen die Projektleiter ihre Vorhaben vor

Stadtbibliothek – Weiterentwicklung als Treffpunkt mit Teilnahmeangeboten, zur Zeit zählt man täglich zwischen 600-800 Besucher, verbesserte Aufenthaltsqualität, Angebote speziell für jüngere Besucher, die bisher zu kurzgekommen sind, Synergien mit anderen kulturellen Einrichtungen, Einbeziehung von Kleingewerbe und andere Maßnahmen, Standortfrage wird angesprochen

Planungsamt – Der Umbau der Columbusstraße und eine Umnutzung wird durchdacht. Für die Neuordnung müssen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Es ist beabsichtigt bei einer kommenden Veranstaltung, nicht bei einem Großereignis, die Möglichkeiten im Versuch zu überprüfen (Verkehr umleiten, bzw. Verkehrsflüsse sperren, technische Umsetzbarkeit, Flächen bespielen, letztlich ist alles eine politische Entscheidung).

Gartenbauamt – Für die Gestaltung des jetzigen Parkplatzes hinter der großen Kirche bestehen schon konkrete Planungen für die Erstellung einer großen Grünanlage. Dadurch werden sehr viele Parkplätze entfallen, gleichzeitig auf ca. 1.900 qm aber eine großzügige Anlage mit Bäumen hinter der Kirche entstehen. Derzeit ist man zwar noch bei der Grundlagenermittlung und die Ermittlung für die Umnutzung, im Wesentlichen stehen die Pläne für diesen Bereich und Vorbereitungen werden getroffen. Später wird noch bestätigt, dass die Bänke im Zentrum Rückenlehnen erhalten werden. Für eine erste Charge von sieben Bänken, werden die passenden Lehnen bald verfügbar sein und werden dann montiert.

Wirtschaftsreferat – Es werden verschiedene Projekte geprüft, u. a. auch eine Markthalle der Nachhaltigkeit. Mitte des Jahres rechnet das Amt mit der Verfügbarkeit der Studienergebnisse. Man bemüht sich um eine gute Konzeptentwicklung und hat als Ziel, Bürger dazu zu bewegen, wieder mehr in unserer Stadt einzukaufen und zu erleben. Herr Dr. Meyer bekräftigt auch hier erneut, dass er eine sehr starke Bürgerbeteiligung favorisiere.

Kulturamt – Menschen sollen verstärkt für die Innenstadt begeistert werden. Dazu hat das Kulturamt ein umfangreiches Programm ausgearbeitet, dass allen Gruppen einen Anreiz schaffen soll, in die City zu kommen, zusätzliche finanzielle Mittel wurden für diesen Zweck bereitgestellt. Es wird neue Vorhaben wie Bespielung urbaner Inseln, Musik, Sommerbühne aber auch die Fortführung bekannter und erfolgreicher Projekte wie die „Lange Nacht der Kultur“ etc. geben.

Innenstadtkoordination – Es sollen alle Synergieeffekte genutzt und Schnittstellen zu allen Beteiligten in Anspruch genommen werden. Auch hier steht die Verbindung von Innenstadt und Havenwelten im Vordergrund. Es werden verschiedene Ansprechpartner, auch für den Bereich Jugend, genannt, die alle bereit sind, umgehend fachlich beratend tätig zu sein. Neue Ideen für z. B. Pop-Ups etc. sollen verstärkt unterstützt werden.

Anschließend stellen die **Workshops der STK Mitte die Ausarbeitungen** vor. Die Protokolle wurde der Verwaltung bereits vor einiger Zeit übergeben und sind hier nachzulesen
<https://stkmitte.de/category/protokolle/>

Ein Protokoll über diese Veranstaltung wird wohl in den nächsten Tagen ebenfalls auf der Seite der STK Mitte nachzulesen sein, Link wie vorstehend angegeben.

Anschließend stellen Bürger Fragen.

Herr **Grantz erklärt noch einmal nachdrücklich für die Stadt, dass Bürgerbeteiligung dringend erwünscht sei und die STK Mitte auf die Unterstützung aller Ämter rechnen könne**. Dazu bemerkt er, es sei sehr erfreulich, dass die von den Bürgern ausgearbeiteten Ideen / Forderungen / Vorschläge gar nicht so weit mit denen der Verwaltung und Politik auseinanderliegen. Auf dieser Basis können wir gemeinsam die Herausforderungen angehen und die wichtigen Vorhaben verwirklichen.

Schmerzlich vermisst wurde der Geschäftsführer „Erlebnis Bremerhaven“, Herr Andre Lomsky. Wenn selbst der Oberbürgermeister es für erforderlich hält, über diesen eminent wichtigen Themenbereich zu sprechen, sollte dann nicht auch Herr Lomsky anwesend sein - oder ist das eine Botschaft?

Podiumsdiskussion „Wie passen die Prioritäten für Bremerhaven zum Klimaschutz?“

Do. 4.5.2023, 19-21 Uhr

Ort: **Klimahaus® Bremerhaven**, Raum Kyoto, Am Längengrad 8, 27568 Bremerhaven

Teilnehmende Politiker: innen: Janina Strelow (SPD), Christine Schnittker (CDU), Herr Kaminiarz (Die Grünen), Muhlis Kocaağa (Die Linke), Hauke Hilz (FDP)

Für die **wissenschaftliche Einordnung** der Diskussion nehmen teil: Bernhard Stoevesandt (Scientists for Future, Bremen), Maria Hörrhold (AWIs for Future)

Initiator - Dr. Uli F. Wischnath, Referent für Klimapolitik, Klimahaus

Zusammenfassung

Die Teilnehmer sind lt. Angabe des Veranstalters die **Bremerhavener Spitzenkandidaten der Parteien** für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft. Deshalb sollen die Zuhörer berücksichtigen, dass kein vertieftes Fachwissen zu jedem Thema vorhanden sein wird. Es finden sich etwa 50 Zuhörer ein.

Grundlage für die Diskussion ist das Ergebnis der Bremer Enquête von 1.5 Grad Celsius Erwärmung und CO2 Neutralität bis 2038. Dazu bekennen sich alle Parteien.

Herr Stoevesandt erläutert aus wissenschaftlicher Sicht die Sachlage und arbeitet heraus, dass die **Klimaschäden Kosten von mindestens \$ 300 je Tonne CO2 verursachen** werden, berücksichtige man auch die **sozialen Folgekosten**, liege man im Bereich von mindestens \$ 1.000 je Tonne CO2.

Die FDP favorisiert den Zertifikate-Handel und Frau Schnittker von der **CDU** stellt infrage, ob es gut war die AKWs abzuschalten, für eine sichere Versorgung wäre es vielleicht besser gewesen , einen Weiterbetrieb durchzuführen. Als große Projekte stellen sowohl **FDP wie auch die CDU** die Umstellung des Stahlwerkes in Bremen und der Fliesenproduktion in Bremerhaven dar. **Beide Parteien lehnen eine Einschränkung des Verkehrs ab.** Herr Hilz nennt gar ein drastisch steigendes KFZ-Verkehrsaufkommen bis zum Jahr 2050, um die Wichtigkeit derartiger Verkehre aufzuzeigen. Auf Nachfrage bestätigt er, dass seine Partei **FDP keine Tempolimits** wolle und auch die CDU lehnt das energisch ab. Herr Hilz lehnt einen Beitritt Bremerhavens zur **Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“**, der bundesweit schon 684 Gemeinden angehören, kategorisch ab.

Frau Schnittker bestreitet ihre bisherige Aussage, es gebe noch keine Verkehrswende und werde erst dann darüber nachdenken, wenn sie da sei (deswegen hier **Original-Zitat einer schriftlichen Stellungnahme von Frau Schnittker am 26.1.23** „: ich persönlich bin kein Freund von flächendeckendem Tempo 30, denn das müsste wir dann Ihrer Argumenten nach stadtweit umsetzen. Ich denke allerdings, wenn die Verkehrswende gelingen wird, dann wird man die Situation sicher noch einmal erneut bewerten müssen, aber das wird aus meiner Sicht noch etwas dauern.“ (Anmerkung - Original Zitat kopiert)

Es werden die verschiedenen Optionen bei der Energie- und Wärmeerzeugung diskutiert und die Parteien stellen die bekannten Ansichten dar. Der **Wissenschaftler Stoevesandt** verweist auf die beste

verfügbare **Energieoption Fernwärme**. Dazu werden die technischen Möglichkeiten erörtert. SPD, Grüne und Linke bekennen sich zu einem forcierten Umbau der Wirtschaft, damit Klimaziele erreicht werden können. CDU und FDP beharren mehr darauf, dass die Wirtschaft vorrangig gestärkt werden müsse, damit Deutschland der Wohlstand erhalten bleibt. Mit Einschränkungen will man sich nur sehr bedingt anfreunden. **Frau Strelow von der SPD** arbeitet noch einmal den Punkt heraus, dass eine klimabewusste Wirtschaft auch eine **große Chance für den Standort Bremerhaven** sei. Schließlich gibt es hier gute Voraussetzungen für die Umsetzung neuer Technologien, und das sollten die Menschen als Chance sehen, Vorreiter zu werden. Letztlich sichere das eben Arbeitsplätze.

Als diskutiert wird, ob man den **Wählern auch unangenehme Nachrichten überbringen** sollte, meint Herr Hilz FDP, man solle die Bürger nicht überfordern, verlange die Politik zu viel, machen die Menschen nicht mehr mit. Schließlich braucht die deutsche Wirtschaft diesen Verkehr für den Transport der Waren, die für Produktionen benötigt werden. Auch die Projektion auf Verkehrsströme des Jahres 2050 zeigt, dass die FDP keinen wirtschaftlichen Einschnitt mittragen will. Er sei selbst Wissenschaftler und wisse, wie man die Entwicklungen einschätzen müsse. Übrigens schätzte er sich als den Stadtverordneten ein, der wohl am meisten das Fahrrad benutzt, zudem habe er einen E-PKW. Warum, wenn so ökologisch, ist er vehement gegen eine Mitgliedschaft in der Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“. Zusammen mit der CDU, favorisiert die FDP E-Mobilität, Wasserstoff sei eher etwas für schwere Fahrzeuge und in der Zukunft denken beide verstärkt an E-Fuels. Ob hier grundsätzlich klar ist, wie der Effektivitätsgrad für E-Fuels ist?

Frau Schnittker erklärt, ihre Partei wäre dafür von Naturschutzverbänden angefeindet worden, auf dem Gelände des **Reinkenheider Forstes Windkraftanlagen** aufstellen zu wollen. Hier musste Herr Kaminiarz sie aufklären, dass niemals ein solches Vorhaben, und zwar von keiner Partei, auch nicht von der CDU, jemals angedacht worden ist. Frau Schnittker CDU stellt noch einmal heraus, dass es für viele Betriebe, Gewerbetreibende unabdingbar sei, schnell über die Straßen Kunden erreichen zu können. Das seien die Menschen die für unsere Wirtschaft wichtig sind und so müssen dann andere Belange auch hintenan stehen. Der Schutz der Betroffenen, sowohl vor Abgasen wie auch Lärm, spielt dabei eine sehr untergeordnete Rolle.

Herr Kaminiarz Grüne, wie auch Herr Kocaaga beantworten die Frage nach „schmutzigem“ Kreuzfahrttourismus in einer selbsternannten Klimastadt mit „Nein“, das passt nicht. Die SPD, CDU und FDP sehen das in einer touristischen Stadt als vertretbar an.

Frau Hörhold (AWI) berichtet darüber, dass die Menschen in Deutschland sehr wohl bereit sind, Einschränkungen zur Erreichung der Klimaziele hinzunehmen. So hat ein geloster Bürgerrat von 250 repräsentativ gelosten Menschen ergeben, dass nach einer ausführlichen Information über die schwerwiegenden Folgen für die Gesellschaft, das Meinungsbild sich so verfestigt verbessert hat, dass sehr überwiegend eine Überzeugung für den Verzicht erklärt wurde. Frau Hörhold trat damit besonders auch der CDU und FDP entgegen, die das ihren Wählern nicht zumuten wollen. **Die Menschen müssen und wollen mitgenommen werden.**

Abschließend erklärt Herr Stoevesandt als Wissenschaftler noch einmal, dass es eben nicht reichen wird, ein Stahlwerk und ein Fliesenwerk auf eine verträglichere Energieart umzustellen. Wollen wir die Ziele erreichen, muss die **Gesellschaft auch an die Maßnahmen gehen, die weh tun**, also z. B. Verkehr, Konsum etc. Weil die FDP und CDU sich auch nicht mit einer exakten Tonnage-Einsparung anfreunden können, weist der Wissenschaftler auf die dann fehlende Kontrollmöglichkeit hin. So könne man keine Standpunkte bestimmen und wisse nicht, ob man nachsteuern müsse. Das brachte aber bei beiden keinen Meinungswandel.

Frau Hörhold bemerkte das **Informationsdefizit der lokalen Politiker**, und machte daraufhin das Angebot, sich **mit Hilfe des AWI über die gesamte Problematik des Klimawandels** zu informieren. Man hätte halt dieses Institut mit ausgezeichneten Wissenschaftlern vor Ort und sei gern bereit, die **Politiker umfassend zu informieren**, allein oder in Gruppen, gern, wenn gewünscht auch vertraulich. Viele Bürger hätten dieses Angebot nur zu gern wahrgenommen. Unseren vertretenen Politikern war das nicht einmal ein Wort des Dankes wert, geschweige denn, dass sie das Angebot in Anspruch nehmen wollen. Das ist doch sehr erschreckend. Wie schon an anderer Stelle bemerkt, bittet sogar der Bundespräsident AWI Wissenschaftler um Reisebegleitung, damit deren wissenschaftliche Expertise zur Verfügung steht.

Die lokalen Politiker sehen sich hier wohl zu Unrecht besser aufgestellt und verbreiten weiter ihre unausgewogenen und teilweise verwegenen Thesen, die sie irgendwo aufgeschnappt haben. Oder **woher nimmt eine Lokalpolitikerin der CDU das fachliche Wissen, einen weiteren Betrieb von Kernkraftwerken in Erwägung** zu ziehen?

Dabei ist der 4.5.23, also der Tag dieser Diskussion, wieder einmal der „**Erdüberlastungstag**“, an dem wir mehr Ressourcen verbraucht haben, als der gesamte Planet innerhalb des Jahres wieder hergeben kann.

Für die Besucher war es schwierig, einen Beitrag zu leisten. Das ging in der Regel nur durch Zurufe während der Diskussion, geordnete Fragen der Anwesenden waren so scheinbar nicht vorgesehen. Es gab einige „vorgelesene Fragen“ seitens der Organisatoren, die von den Parteienvertretern beantwortet wurden. Das war doch sehr unbefriedigend. Es kam immer wieder zu Zwischenrufen, die wenig berücksichtigt wurden. Zum Ende der Veranstaltung meldete sich ein Besucher und wollte unbedingt sprechen, gab an, das für die **DUH (Deutsche Umwelthilfe)** zu tun, wurde aber immer wieder vom Veranstalter daran gehindert (wohl aus Sorge um das Entgleisen der Veranstaltung durch unkontrollierte Vorträge), seine Meinung zu sagen. Dieser Besucher beschuldigte die CDU und FDP-Sprecher immer wieder, „**Sie haben gar nichts, aber auch gar nichts verstanden**“.

Weitere Äußerungen gingen in lauten Gegenrufen des Veranstalters unter, er wollte sich das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen. Bürger hatten so wenig Möglichkeiten, es gab keine Mikrofone, sich entsprechend zu äußern. Viele Äußerungen der Parteien CDU / FDP gingen deshalb im allgemeinen Raunen unter, Äußerungen der anderen Parteien SPD / Grüne / Linke wurde häufig beklatscht. Es ist wohl so, dass die **CDU und FDP ihre Wähler gar nicht mobilisieren können**, zu derartigen Veranstaltungen zu kommen. Ist hier vielleicht die **Angst zu spüren, die eigenen Wähler könnten etwas dazu lernen** und sich anders entscheiden?

Es waren außergewöhnlich viele junge Menschen anwesend und das letzte Wort hatte eine junge Frau, die aufstand, und mit mehr als drastischen, dramatischen Worten, die ich so nicht wiederholen möchte, den **Ernst der Lage** darstellte, und mehr als dringend dazu aufforderte, nun sofort, unverzüglich, ohne Gegenrede, alles zu tun, damit sie und andere **jungen Menschen eine lebenswerte Zukunft haben**. Die Gesichter der Politiker waren eine Sekunde versteinert, dann konnte man wieder lachen. **Ist doch alles halb so wild, oder???????? Machen wir so weiter... wie bisher...besser nicht...**

Schließlich war es vom Ergebnis für die Zuhörer eine der ertragreichsten Veranstaltungen dieser Wahlsaison. Den Punkt machten die Wissenschaftler, die mit wenigen Aussagen vor Augen führten, dass das was unsere Lokalpolitik in vielen Punkten zum Thema aussagte, erschreckend ahnungslos

ist. Deshalb auch Dank an Herrn Wischnath für diese tolle Zusammenstellung. Leider fehlte die BIW, es gab die Chance für diese Leute, etwas dazu zu lernen.

Ich bedaure, dass diese Zusammenfassung der Podiumsdiskussion so sehr negativ für die CDU und FDP ausfällt. Das ist es jedoch, was ich von dieser Veranstaltung mitgenommen habe, sind doch die Statements stets darauf ausgerichtet, den „Status quo“ auch in der Zukunft möglichst ohne schmerzliche Eingriffe zu belassen. Das wird aber nicht gehen, wenn wir der jungen Generation eine ähnliche Chance geben wollen, wie wir sie auch gehabt haben. **Wie kommen wir dahin? Wahrscheinlich nur durch Verzicht, vielleicht nicht auf alles, aber auf einiges...**

Die NZ berichtet in diesen Tagen, der Leuchtturm „**Roter Sand**“ könne aus technischen Gründen nicht mehr an seinem Platz stehen bleiben. Favorisiert wird ein neuer Platz an Land, möglicherweise auch in Bremerhaven. Das wäre touristisch sicher sehr interessant und ein Top-Thema für die Erlebnis Bremerhaven. Der Geschäftsführer **Lomsky** ist für Stellungnahmen jedoch nicht erreichbar und verweist auf den Oberbürgermeister. **Was ist da los???**

Am 5.5.23 ein einseitiger Bericht in der NZ über die Ergebnisse der STK Mitte Veranstaltung vom 3.5.23 wie weiter oben beschrieben. Dazu ein Kommentar von Herrn Gehrke „Großer Wurf in weiter Ferne“ – **Die Stadt beabsichtigt im Fall der Fälle eben selbst zu bauen, vielleicht weil die Stadt für Großinvestoren so nicht ausreichend interessant genug ist?**

Leserbriefe in der gleichen Ausgabe loben die Aktivitäten von Frau Schmidt von der Stadtbibliothek und beanstanden, dass der Kreuzfahrtourismus noch nicht einmal über die notwendige Logistik verfügt, was den Transport von Passagieren im Stadtbereich angeht.

Eine andere Leserin bemängelt, Herr Merz als Bundesvorsitzender der CDU, hätte sich bei einer kurzen Rede in Bremerhaven, vorher nicht einmal über die konkreten Klimaziele informiert. Das ist beschämend. Allerdings kann ich mich **nicht erinnern**, dass sich **Wiebke Winter von der CDU** so sehr für den Klimaschutz engagiert. Da gibt es ganz andere Aussagen von ihr, die ich doch sehr kritisch sehe. **Wer das nachlesen möchte, was Frau Winter CDU sagt**, kann das hier unter diesem Link tun <https://www.ruhrnachrichten.de/ueberregionales/rufe-nach-autofreien-sonntagen-und-tempolimit-bringt-das-was-w1741965-2000494142/> (Die letzten Absätze des Artikels) Hier vertritt sie nämlich genau diese **CDU-Politik**, „**wir sind für Klimaschutz, machen aber weiter wie bisher**“.

Am 6.5.223 berichtet die NZ, das Kistner-Gelände soll nun doch zügig bebaut werden. Die Brüder Gerbatowski werden mit der Gewoba und der Stäwog den Bau von 132 Wohnungen in dem Bereich an der Geeste noch in diesem Sommer beginnen, Fertigstellung im Frühjahr 2025.

Und dann noch eine „entsetzliche Neuigkeit“ – Herr Hilz von der FDP wendet sich energisch gegen die versuchsweise **Verengung der Columbusstraße** während einer kleineren Veranstaltung. Dabei hatte das Planungsamt dieses Vorhaben im Beisein des OB Grantz auf der Dialogveranstaltung der STK Mitte vor einigen Tagen angekündigt. Herr Neuhoff, CDU-Bürgermeister weiß davon, und erklärt die Maßnahme als „planerische Vorüberlegung“. Dabei wissen alle Beteiligten, dass der Rückbau der Columbusstraße eine unumgängliche Maßnahme ist, sonst ist die **Verbindung Innenstadt und Havenwelten gescheitert**. Was soll dieses Vorgehen von Herrn Hilz?

Wie so oft, hat die **Geschichte aber auch noch eine andere Seite**. Sein **FDP-Kollege Herr Gökhamp Akkamis**, stellvertretender Kreisvorsitzender der FDP und mit gerade 25 Jahren Lebensalter bereits seit einigen Jahren Unternehmensberater, möchte das die „**Alte Bürger**“, die schon seit längerer Zeit

ganztägig eine Tempo 30 Zone ist, mehrere Buslinien des ÖPNV fahren durch diese Strecke, generell für den Durchgangsverkehr gesperrt wird. Dann kann man dort ganztägig feiern, oder was ist sonst das Ansinnen des FDP-Mannes?

So kann man für die Sperrung der einen Straße sein und gleichzeitig bei der nächsten dagegen. Kann die FDP das bitte einmal erklären?

Wie schon häufiger geschrieben – „**Wo ist Herr André Lomsky**“, Geschäftsführer der „Erlebnis Bremerhaven“. Die Schonzeit ist vorbei (1. März 23 war der Tag der Ernennung zum Geschäftsführer), hat er bis jetzt geschwiegen, wäre es nun an der Zeit, endlich einmal von sich Reden zu machen, meint auch Christian Döscher von der Nordsee Zeitung in seinem Kommentar. Selbst der Leuchtturm „Roter Sand“ ist ihm keine Äußerung wert – wie kann das weitergehen?

11. Mai 2023 um 18:00 Uhr lädt der Jugendklimarat zur Podiumsdiskussion ins Klimahaus Bremerhaven ein.

Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für die Zukunft der Menschheit dar. Sie gefährdet nicht nur nachweislich unsere Gesundheit, sondern auch langfristig unsere Lebensgrundlagen. In Bremerhaven sind die ersten Klimawandelfolgen wie Hitze und Starkregen bereits jetzt spürbar. Um den Klimawandel noch eindämmen zu können, muss eine massive CO2-Einsparung erreicht werden. Darin ist sich die Wissenschaft einig.

Wie stellen sich die Politiker der demokratischen Parteien Bremerhavens Klimazukunft vor? Wie hält Bremerhaven das Pariser Klimaabkommen ein und wer bezahlt dafür? Wie „grün“ ist Bremerhavens Wirtschaft? Ist Bremerhaven Klimastadt oder Autostadt? Wie sieht klimaneutrales Wohnen in Bremerhaven aus?

Der **Jugendklimarat Bremerhaven** wird den Spitzenkandidaten für die Stadtverordnetenversammlung zu diesen und weiteren Themen am 11. Mai ab 18.00 Uhr (Einlass ab 17.30 Uhr) im Klimahaus auf den Zahn fühlen. Der Eintritt ist frei. Aus den Parteien haben Thorsten Raschen (CDU), Sönke Allers (SPD), Claudius Kaminiarz (Grüne), Muhlis Kocaaga (Linke) und Hauke Hilz (FDP) zugesagt.

Hier ist ein Link für ein **sehr interessantes NDR-Info Interview mit dem CDU-Umweltpolitiker Bareiß, sehr hörenswert.** <https://www.ndr.de/nachrichten/info/CDU-Politiker-Bareiss-Es-gibt-kein-gutes-Argument-fuer-ein-Tempolimit,audio1375336.html>

Das lässt einen dann doch erschaudern.

So, das war es vor der Wahl. Wird Bremerhaven die richtigen Entscheidungen treffen? Nach dem 14. Mai 23 werden wir mehr wissen. **Gehen Sie zur Wahl.** Und ich werde vorsichtshalber noch einmal darum bitten „Lass diesen Kelch an uns vorübergehen“.

--- und schließlich

Unsere Stadt ist stolz auf das AWI und Bundespräsident Steinmeier bittet jetzt die Direktorin des Bremerhavener AWI, ihn vier Tage auf einer Kanada Reise zu begleiten. Das tut er wegen der wissenschaftlichen Expertise, gerade hinsichtlich der weltweiten Klimaprobleme. Gleichzeitig behauptet die Sprecherin der BIW, Frau Tiedemann wie auch deren Vorsitzender Timke, dass wir uns hier in Bremerhaven gar nicht um diese Thematik bemühen müssen, weil das ohnehin keine Auswirkung habe.

CDU und FDP drängen darauf, weiter schnell fahren zu können, das sei wichtiger als Umweltbelastungen für die Bürger. Das müssen wir ihn Kauf nehmen, weil Bremerhaven ein Logistik-Standort sei. Was haben die Straßen An der Mühle, Rheinstraße, Georg-Seebeck-Str. oder Deichstraße mit Logistik zu tun, hier gibt es noch nicht einmal ÖPNV, und trotzdem weigert sich die Politik etwas für die Anwohner zu tun. Genau aus diesem Grund weigern sich diese Parteien auch, der Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“, der schon 684 Gemeinden, u.a. Aachen, Bielefeld, Bonn, Bremen, Dortmund, Duisburg, Hannover, Heidelberg, Mannheim, Saarbrücken, Potsdam, Leipzig angehören, beizutreten. Die CDU bestreitet sogar für Bremerhaven, dass es eine Verkehrswende geben muss. Bundesweit liegt Bremerhaven in fast allen Belangen stets auf den letzten Plätzen, was nicht gerade davon zeugt, dass hier alles richtig gemacht wird.

Dabei sehen wir, dass die Politik der letzten Jahrzehnte unter der Prämisse „immer mehr“ und der damit verbundenen ansteigenden Rücksichtlosigkeit der Menschen untereinander, uns nicht wirklich weitergebracht haben. Das führte dazu, dass das Gesundheitssystem nicht mehr richtig funktionierte oder die Bundeswehr nicht mehr in der Lage war, ihren Auftrag zu erfüllen. Energie stand nicht mehr in unbegrenzter Menge zur Verfügung. Die Betroffenen erkennen immer mehr, was hier grundsätzlich schief läuft und stimmen auch mit den Füßen ab, sie verlassen einfach die Orte oder Arbeitsplätze an denen es ihnen unerträglich ist. Es ist bekannt, dass von den in Bremerhaven wissenschaftlich tätigen Menschen, und das sind sehr viele, etwa zwei Drittel einen Wohnort außerhalb der Stadtgrenzen haben.

Die Proteste der jungen Menschen finden vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen statt. Wie will man im Rahmen einer repräsentativen Demokratie mit Klimafragen umgehen? Die Wähler werden immer älter und die jungen Menschen, die noch die meiste Lebenszeit vor sich haben, finden sich bei den wichtigen politischen Entscheidungen immer weniger wieder. Die Demokratie im Westen altert, und die junge Bevölkerung gerät immer mehr in die Minderheit. Da stellt sich zunehmend die Frage wie man sich arrangieren will. Das BVG hat dazu entschieden, dass die Politik verpflichtet ist sicherzustellen, dass die Lebensmöglichkeiten dieser künftigen Generationen nicht unnötig eingeschränkt werden.

Es melden sich heute gerade die Menschen mit Bedenken gegen eine zu weitgehende Beschränkung, die bisher für den Klimaschutz selbst zu wenig getan haben und auch jetzt nicht bereit sind, ihr eigenes Handeln zu überdenken und möglicherweise Einschränkungen hinzunehmen. Die Gesellschaft wartet ja nicht auf einen kommenden Klimawandel, sondern wir befinden uns mitten im Klimawandel mit allen seinen fürchterlichen Auswirkungen. Deswegen kann man nicht sagen, dass wir unseren bisherigen Lebensstil so weiterführen können wie bisher. Man darf sich einfach nicht weigern, selbst kleinste Maßnahmen wie ein Tempolimit oder ein verändertes Reise- oder Konsumverhalten abzulehnen, wenn man nicht offenen Auges in die Katastrophe laufen will. Das stellt sich dar wie eine schnelle Autofahrt in Richtung einer Wand, bei der man weiß, dass man gleich nicht mehr bremsen kann, aber weiter beschleunigt.

Wir haben einfach Jahrzehnte über unsere Verhältnisse gelebt, und tun uns wider besseres Wissen schwer, zu verzichten. Das wird aber nicht anders gehen. Oder, wie wollen Sie Ihren Kindern erklären, das wir sehendes Auges in den Abgrund gerast sind, nur weil wir nicht einmal zu kleinstem Verzicht bereit sind. Was die Beseitigung der angerichteten Klimaschäden schließlich kosten wird, werden wir erst in Jahrzehnten wissen.

Für die CDU und FDP – Friedrich Merz beruft sich in diesen Tagen wieder auf diesen Mann - **Ludwig Erhard Wirtschaftsminister (CDU) unter Adenauer, im Jahr 1957** in seinem Buch „**Wohlstand für alle**“ – „wir werden aber mit Sicherheit dahin gelangen, dass zurecht die Frage gestellt wird, ob es noch immer nützlich und richtig ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtsleistung auf diesen Fortschritt, mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen“.

Verfasser

Johannes Jasca

Bremerhaven – 0160 91204322

Johannes.Jasca@gmx.de